

Die „Freiheit“ erscheint morgens und nachmittags, Sonntags und Montags nur einmal. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Groß-Berlin 10,- M. im voraus zahlbar, von der Expedition selbst abgeholt 8,50 M. Für Vorkauf nehmen sämtliche Hochkantigen Verleger entgegen. Unter Berücksichtigung für Deutschland und Österreich 14,50 M., für das übrige Ausland 21,50 M. einschließlich Porto-Zuschlag, per Post für Deutschland und Österreich 30,- M. Redaktion, Expedition und Verlag: Berlin C 2, Breite Straße 8-9.

Die achtspaltige Annoncenzeile ober dem Raum kostet 5,- M. einschließlich Annoncensteuer. Kleinanzeigen: Das festgedruckte Wort 2,- M., jedes weitere Wort 1,50 M., einschließlich Annoncensteuer. Anzeigen für den Carl-Hausmann-Kaufhaus und Bekleidungs-Geschäft, sowie für die Stellen-Befunde in West-Anzeigen: Das festgedruckte Wort 1,50 M., jedes weitere Wort 1,- M. Fernsprecher: Zentrum Nr. 15230-15233

# Freiheit

## Berliner Organ

### der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

## Der große Streik in England

### Stillelegung der Transportmittel in Aussicht

Die Arbeit in den Bergwerken Englands liegt vollkommen still. Ueber die Unterstüfung der Bewegung durch einen Streik der Eisenbahner und Transportarbeiter wird am Dienstag in nationaler Konferenz entschieden werden. Zunächst sind in allen Kohlengebieten des Landes die Gewerkschaftsausschüsse der Eisenbahner zu Beratungen zusammengetreten, um über die Frage der Beteiligung am Streik zu beraten. In Newcastle, Rufford, Bradford, Derby, Leeds und Liverpool haben sie sich bereit erklärt, in den Unterstüfungstreik zu treten. Auch in London traten in den Versammlungen der Transportarbeiter und Eisenbahner die Redner nachdrücklich für die Beteiligung am Streik ein. Diese Nachrichten werden von verschiedenen Seiten bestätigt, so daß die Wahrscheinlichkeit einer Ausdehnung des Streiks und einer Stillelegung der Transportmittel des Landes außerordentlich groß erscheint. Ein Teil der Eisenbahner macht angeblich ihre Beteiligung am Streik davon abhängig, daß sich auch die Transportarbeiter solidarisch erklären.

In dieser Situation wird anscheinend von Unterhausmitgliedern der Versuch zur Herbeiführung eines Schlichtungsverfahrens gemacht.

### Die Presse hegt

London, 4. April.

Alle Blätter befassen sich mit der ersten Entwidlung, die der Kohlenarbeiterstreik annimmt. Die von den Vertretern des Arbeitgeberbundes abgegebenen Erklärungen werden dahin ausgelegt, daß sich die Eisenbahn- und Transportarbeiter den Bergwerksarbeitern möglicherweise anschließen werden. Der Eisenbahnerführer Kramp lante, Eisenbahner, Bergarbeiter und Transportarbeiter würden Erfolg haben, wenn sie gemeinsam handeln. Sen Smith vom Transportarbeiterverband erklärte, wenn die Arbeiter geschlagen werden sollten, so sei es besser, daß sie alle zusammen geschlagen würden. — Das Parlament, das heute nach den Osterferien wieder zusammentritt, wird sich gleich mit der Kohlenkrise befassen. Das Budget wird erst zu Ende des Monats eingebracht werden. — „Daily Telegraph“ schreibt: Die Nation überläßt der Regierung die Führung und die Sorge für das Geschick ihrer Lebensinteressen. — „Daily News“ fragt: Was tut die Regierung oder was will sie tun? Will sie passiv beraten, bis der Arbeiter streikend zur Tat übergeht? Das Publikum ist berechtigt, von seinen Führern irgendeinen konstruktiven Plan zu erwarten.

„Morning Post“ schreibt, es sei klar, daß die Bergarbeiterführer gegen eine der konstitutionellen Regierungsformen Sturm heizen und daß, wenn ihren Forderungen stattgegeben werde, die Verwaltung des Landes in die Hände der Gewerkschaften übergeben werde. In einem solchen Streik gebe es kein Kompromiß, da jedes Kompromiß einer Kapitulation gleichkommen würde. Im Hinblick auf die augenblicklichen Vorgänge in Deutschland und Italien könne man es als wahrscheinlich und sogar als sicher ansehen, daß der augenblickliche Streik von den Revolutionären benutzt werden wird, um ihre Ziele zu erzwingen. Wenn Regierung und Volk fest zusammenstehen, würde jedoch die Revolution geschlagen werden.

## Die deutsch-amerikanischen Verhandlungen

Es bestätigt sich, daß zwischen Deutschland und den Vereinigten Staaten ein Meinungsaustrausch über die Beteiligung Amerikas an der Wiedergutmachungsfrage stattgefunden hat. Das „Echo de Paris“ teilt Einzelheiten aus der deutschen Denkschrift mit, die an Amerika gerichtet wurde. Darin wird Frankreich vorgeworfen, daß es sich in Wirklichkeit gar nicht um den Wiederaufbau der zerstörten Gebiete bekümmere. Als einziges Mittel zur Lösung der Reparationsfrage wird eine internationale Anleihe vorgeschlagen. Deutschland erklärt seine Bereitschaft, sich einem unparteilichen Schiedsgericht internationaler Sachverständigen zu unterwerfen.

Das amerikanische Staatsdepartement übergab der amerikanischen Presse in dieser Angelegenheit folgende Erklärung: Die Regierung der Vereinigten Staaten ist der Auffassung, daß Deutschland anerkennen soll, daß es die völlige moralische Verantwortung für den Krieg trägt und moralisch und materiell verpflichtet ist, bis zur Grenze seiner äußersten Leistungsfähigkeit alle Verpflichtungen zu erfüllen. Die Hoffnung, daß Amerika Deutschland unterstützen könnte, seine Verpflichtungen zu umgehen, sei lächerlich und irrig.

Weiter teilt das amerikanische Staatsdepartement mit, daß die deutsche Regierung über die Haltung der Vereinigten Staaten vollkommen aufgeklärt sei. Die Instruktion der Vereinigten Staaten erfolgte, wie befristigt wird, auf Grund einer Anzahl von Konferenzen zwischen dem amerikanischen Geschäftsträger Dreifel und Dr. Simons, da der deutsche Außen-

minister zu erkennen gab, daß er die Regelung der Reparationsfragen gern den Vereinigten Staaten überantworten würde. Die Vereinigten Staaten legen Wert auf die Feststellung, daß der Standpunkt der Regierung zu Washington dem amerikanischen Geschäftsträger schon überliefert wurde, bevor Riviani in New York eintraf, daß also der Besuch des französischen Sondergesandten die Beschlüsse Amerikas in der Politik Deutschlands gegenüber in keiner Weise beeinflusst habe.

## Die monarchistische Komödie in Ungarn

Karl ist immer noch nicht aus Ungarn abgereist. Er hält sich noch in Steinamanger auf. Er hat sich eine Hals-erkrankung zugelegt, die die Abreise ganz nach Wunsch verzögert. Karl hat nämlich noch keineswegs die Hoffnung aufgegeben, doch zu seinem Thron zu kommen, und nachdem der erste Sturm mißglückt ist, versucht er's scheinbar mit der Ausdauer.

Nach einer Wiener Meldung der Utd. Tel. erklärte Oberst Lehár Vertreter der Presse, daß König Karl in keinem Augenblick die Absicht habe, abzureisen, daß die ungarische Regierung vielmehr die Reisevorbereitungen traf, ohne vorher Karls Zustimmung einzuholen. Die Truppen, die sich für Karl erklärt haben, halten noch wie vor treu zu ihm, ebenso sei der größte Teil der Bevölkerung zu den einschiedenen Legitimitäten zu rechnen. Deshalb sei Karls Vorhaben unüberdacht, nur der Gewalt der Alliierten zu weichen.

Dasselbe Bureau teilt mit, daß die österreichische Regierung auf Anregung von amerikanischer Seite den Entschluß gefaßt hat, die Ausweisung derjenigen ungarischen Staatsangehörigen zu erwägen, die durch den verlustigen Staatsstreik Karls von Habsburg kompromittiert sind. Es kommen vornehmlich Aristokraten und Offiziere in Betracht.

## Neue Kämpfe in Kleinasien

Die Londoner Orientkonferenz hat die Lage um keinen Schritt weitergebracht. Da unter den Alliierten selbst die Sympathien und Interessen den Türken und Griechen gegenüber sehr geteilt sind, hat man auch diesmal keine endgültige Entscheidung getroffen, die zu einer Beruhigung im Orient führen könnte. Man kann also mit Bestimmtheit sagen, daß die nächste Konferenz der Alliierten die Orientfrage mit derselben Gleichgültigkeit auf ihrer Tagesordnung sehen wird, wie etwa die Wiedergutmachungsfrage.

Die Griechen, denen in London überliefert wurde, haben inzwischen wieder an die Waffen appelliert und die Offensiv gegen die Türken aufgenommen. Diese Offensive wurde täglich mit großen Siegesmeldungen von griechischer Seite begleitet. Diese Siegesmeldungen haben aber recht schnell eine Dämpfung erfahren. Die Türken haben nach verlustreichen Redungen den griechischen Vormarsch zum Stehen gebracht und den Griechen in tagelangen Kämpfen bei Estischehir große Verluste beigebracht, durch die die Widerstandskraft der griechischen Front im Zentrum gefährdet erscheint.

Eine Beurteilung der militärischen Operationen in Kleinasien ist sehr schwierig durch die widerspruchsvollen Heeresberichte der beiden Parteien. Wir haben ja im Weltkrieg genügende Erfahrungen gemacht, was es auf sich hat, wenn beide Parteien Siege melden. Jedenfalls stehen die Griechen noch sehr weit in Kleinasien drin. Estischehir liegt ungefähr 200 bis 250 Kilometer von Angora entfernt, etwa in der Mitte des Weges von Konstantinopel bis Angora. Auch in der Gegend von Assan Karabissar, das südlich von Estischehir liegt, dauert der griechische Vormarsch noch an.

## Wer hat Recht?

Wir stellten vor einigen Tagen einen Junkspruch Nihilshierins an die französische Regierung mit, in dem gegen die Zurückhaltung von 25000 russischen Soldaten in Frankreich protestiert wurde. Nun teilt der „Temps“ mit, daß ein solcher Junkspruch niemals in Paris eingeziffert sei. Von unterrichteter Seite werde erklärt, daß gemäß dem Abkommen von Kopenhagen alle russischen Soldaten in Frankreich, die das Verlangen gestellt haben, auf Kosten der französischen Regierung aus Frankreich selbst und aus den französischen Kolonien zurückbeordert wurden. 5000 Mann hätten verlangt, in Frankreich bleiben zu dürfen, einige darunter hätten ihre Meinung geändert. Die französische Regierung lasse ihnen wie allen ihren Landsleuten volle Freiheit, ihre Zurückbeorderung zu beantragen.

## Proteststreik am Mittwoch

Die Funktionärskonferenz der Eisenbahnerarbeiter hat heute vormittag beschlossen, am Mittwoch in einem circa 20-tägigen Proteststreik einzutreten. Es sollen nur die notwendigsten Notstandsarbeiten verrichtet werden.

## Seuchelei!

Wir haben wiederholt scharfsten Protest dagegen erhoben, daß der Reichspräsident Ebert durch seine Verordnung vom 29. März d. J. außerordentliche Gerichte eingesetzt hat. Die Verordnung ist ein glatter Verfassungsbruch, da nach Artikel 105 der Verfassung niemand seinem gesetzlichen Richter entzogen werden darf. „Ausnahmegerichte sind unstatthaft“ bestimmt die Verfassung, doch das verfassungsmäßige Organ des Deutschen Reiches, der Reichspräsident, scheut sich nicht, über den Kopf des Reichstages hinweg Ausnahmegerichte einzusetzen.

In allen Kreisen der Arbeiter herrscht Empörung über das neueste Ausnahmegesetz, das sich ebenso wie die jetzt aufgehobene Verordnung vom 30. Mai 1920 nur gegen die Arbeiterklasse wendet. Auf Grund der Verordnung werden in den nächsten Tagen und Wochen zehntausende von Arbeitern in einem Verfahren, in dem alle Rechtsgarantien aufgehoben sind, zu schwersten Gefängnis- und Zuchthausstrafen verurteilt werden.

Von offizieller Seite wird in der Presse beschwichtigend versichert, daß die Angriffe gegen die Verordnung „völlig grundlos“ seien. Die massenweise begangenen Straftaten könnten im Wege eines ordentlichen Strafverfahrens überhaupt nicht abgeurteilt werden. Eine schnelle Aburteilung liege aber auch im Interesse der Verhafteten. Eberts Verordnung sei „mit allen Garantien einer gerechten Aburteilung umgeben“. Die Vorschriften der Strafprozessordnung seien „im allgemeinen“ für anwendbar erklärt. Für den Wegfall der Rechtsmittel sei dadurch Ersatz geschaffen, daß die Wiederaufnahme des Verfahrens zugunsten der Verurteilten weit über die sonst geltenden Vorschriften hinaus zugelassen sei. Der Gedanke, daß hier eine Nachjustiz geübt werden sollte, könne nicht scharf genug zurückgewiesen werden.

Diese offizielle Erklärung ist vom ersten bis letzten Wort innerlich unwahr. Der Sozialdemokrat Ebert hat ebenso wie die Reichsregierung nicht den Mut, mit brutaler Offenheit einzugehen, daß seine Verordnung zehntausende seiner früheren Parteigenossen, mögen sie schuldig oder unschuldig sein, aller Rechtsgarantien beraubt; daß die wichtigsten Schutzbestimmungen, die die Strafprozessordnung dem Angeklagten gibt, für viele tausende verhafteter Arbeiter außer Kraft gesetzt sind. Heuchlerisch wird erklärt, daß die Angriffe gegen Ebert und seine Verordnung grundlose Verdächtigungen seien, daß die Verordnung vielmehr sogar im Interesse der Verhafteten liege.

Wie sieht das „mit allen Garantien einer gerechten Aburteilung umgebene Verfahren“ in Wirklichkeit aus?

Nach § 10 der Verordnung finden auf das Verfahren vor den außerordentlichen Gerichten die Vorschriften der Strafprozessordnung Anwendung, aber nur soweit nicht ein anderes bestimmt ist. Gerade in den wichtigsten Punkten ist aber „ein anderes bestimmt“. Ein paar Beispiele: Dem Angeklagten braucht keine schriftliche Anklage zugestellt zu werden. Es braucht kein Eröffnungsbeschluß zu ergehen. Das bedeutet: Der Angeklagte weiß überhaupt nicht mit Sicherheit, was ihm im einzelnen vorgeworfen wird. Wer wird gegen ihn als Zeuge auftreten? Er weiß es nicht. Denn die schriftliche Anklage, die ihm über all dies Aufschluß gegeben hätte, existiert in dem Ausnahmeverfahren nicht. Wenn der Angeklagte aus seiner Zelle in das Verhandlungszimmer geführt wird, ist ihm völlig unbekannt, ob seine Tat von der Anklagebehörde und dem Gericht als Hochverrat, als Landesverbruch, als Aufruhr oder nur als geringes Bagatelvergehen angesehen wird. Er ist daher gar nicht in der Lage, sich zweckmäßig auf seine Verteidigung vorzubereiten.

Dazu die einschneidende Bestimmung, daß der Verhandlungstermin dem Angeklagten nicht wie sonst eine Woche, sondern nur 24 Stunden vorher mitgeteilt zu werden braucht. Der Angeklagte hat daher, wenn das Verfahren schnell geht, nicht einmal die Möglichkeit, sich einen Verteidiger zu wählen. Wer am Montag verhaftet ist, kann bereits am Mittwoch verurteilt sein!

Vor die außerordentlichen Gerichte kommen nicht nur gemeine Verbrechen wie Raub, Münderverletzung und Erpressung, sondern alle politischen Straftaten, die nach dem 10. März begangen sind. Aufruhr gehört ebenso wie Landesverbruch und Hochverrat vor die „Außerordentlichen“. Und was wird nicht alles von den Anklagebehörden als Hochverrat frisiert. Zettelverteiler, Plakatanhänger werden sich möglicherweise wegen Hochverrat zu verantworten haben. Selbst Bagatelvergehen unterliegen den Ebertschen Ausnahmegesetzen. Arbeiter, die irreführt durch aberwitzige Generalstreikparolen, in die Betriebe gegangen sind, um die Arbeiter zur Niederlegung der Arbeit aufzufordern, müssen diesen Bagatelverbrechen vor dem außerordentlichen Gericht büßen. Zwar soll jede Straftat, wenn sie nicht eine „schleunige Erledigung“ erfordert, dem ordentlichen Gericht übermiesen werden; ob aber eine schnelle Erledigung notwendig oder nicht notwendig ist — das bestimmt allein wieder das außerordentliche Gericht.



Gegen die Urteile der außerordentlichen Gerichte, mögen sie noch so hart sein, gibt es kein Rechtsmittel. Die Verordnung bietet als „Ersatz“ dafür, wie die offizielle Pressehaft, ein veräußerliches Wiedererfahrenungsverfahren. Gegen diesen Versuch kann nicht scharf genug protestiert werden. Die „Ersatzbestimmung“ der Ebertschen Verordnung lautet: „Eine Wiederaufnahme zugunsten des Verurteilten findet auch dann statt, wenn Tatsachen oder Beweismittel beigebracht sind, die es notwendig erscheinen lassen, die Sache im ordentlichen Verfahren nach zu prüfen“ — eine Bestimmung, die, wie der Regierung genau bekannt ist, nur auf dem Papier steht. Dieselbe Bestimmung war bereits in einem Gesetz vom 10. Mai 1920 für die Urteile der außerordentlichen Kriegsgerichte getroffen, die als Offiziersgerichte wiederholt von Ebert zur Aburteilung von Arbeitern eingesetzt waren. Wiederholt haben, gestützt auf die Bestimmung, Angeklagte durch ihre Verteidiger die Wiederaufnahme des Verfahrens beantragt. Kaum einem einzigen Antrag haben die Gerichte trotz der Bestimmung stattgegeben. Die Regierung, die das statistische Material über die Häufigkeit der Wiedererfahrenungsverfahren besitzt, weiß dies natürlich genau. Sie scheut sich jedoch nicht, um die Empörung über die Ebertverordnung zu beschwichtigen, ein derartiges Argument herbeizuführen.

Gegen Verhaftungen ist die Beschwerde nur in ganz geringem Maße zugelassen. Wurde der Verhaftete wie üblich, vom Amtsrichter in Haft genommen, so ist eine Beschwerde überhaupt nicht möglich. Ist die Verhaftung vom Vorsitzenden des außerordentlichen Gerichts angeordnet, so gibt es zwar eine Beschwerde. Ueber die Beschwerde entscheidet aber nicht wie sonst eine übergeordnete Instanz, sondern das außerordentliche Gericht selbst, dessen Vorsitzender die Haft angeordnet hat!

So sieht also in kurzen Zügen die Verordnung aus. Das sind die Garantien einer gerechten Aburteilung. Dies ist die Wohltat, die man den Verhafteten erweist, um sie nicht monatelang in Haft zu lassen. Tatsächlich hätte sich, wie bereits Dr. Weinberg vor einigen Tagen an dieser Stelle ausgeführt hat, durch Schaffung neuer Schöffengerichte eine große Beschleunigung des Verfahrens erzielen lassen, ohne daß die Angeklagten rechtlos gemacht wären.

Im Reichstag, der am 20. April wieder zusammentritt, wird unsere Fraktion sofort den Antrag auf Aufhebung der ungeheuerlichen Verordnung stellen. Bis zum Zusammentritt des Reichstages können aber tausende von Arbeitern bereits in dem Ausnahmeverfahren abgeurteilt sein. Das darf nicht geschehen. Jeder Rechtssozialist trägt mit der Verantwortung, daß der rechtssozialistische Reichspräsident das neueste Ausnahmegesetz gegen die Arbeiter erlassen hat. Die rechtssozialistische Partei hat, will sie nicht mitschuldig sein, die Pflicht, gleichfalls auf das schärfste dagegen zu protestieren, daß Arbeiter, die politisch auf anderem Boden stehen, aber trotzdem ihre Klassenossen sind, einem mittelalterlichen Ausnahmeverfahren zum Opfer fallen und die sofortige Aufhebung der Verordnung zu verlangen.

### Sie rechtfertigen alles

Der „Vorwärts“ zeigt wieder einmal ein auffallend starkes Verständnis für alle konterrevolutionären Taten und Untaten. Nicht nur für die Sondergerichte, sondern auch für die Tötung von wehrlosen Gefangenen sucht er nach mildernden Umständen. Franz Krüger hat es übernommen, in der Sonntagsausgabe des „Vorwärts“ die Erschießung Solts als eine notwendige und unvermeidliche Tat zu rechtfertigen. Er vergleicht die Tötung des Kommunistenführers mit der Ermordung von Polizeibeamten durch Elemente, die unter dem Namen Kommunisten und unter dem Vorwand politischer Handlungen Mordbrennerei begehen und denen, die die Erschießung Solts verurteilt haben, also auch uns, macht er den Vorwurf, daß sie es veräumt haben, sich mit der gleichen Schärfe gegen jene Mordbrennereien zu wenden. Wir haben das letzte getan, indem wir

das puschistische Treiben der letzten Wochen mit äußerster Schärfe bekämpft haben. Jede Einzelhandlung ist in diese Beurteilung eingeschlossen.

Indem hinkt der von Herrn Krüger beliebte Vergleich, denn er scheint zu übersehen, daß den Polizeibeamten, in deren Gewalt sich Gefangene befinden, zugleich der Schutz und die Sicherheit dieser Gefangenen übertragen worden ist. Krüger rechtfertigt in seinem Artikel jede Gewalttätigkeit eines Polizeibeamten gegen einen Gefangenen als aus der Stimmung des gereizten Beamten erklärlich. Er findet es sogar gerechtfertigt, wenn die Polizisten gefangenen Demonstranten „die Waffen wegnehmen“ und sie schlagen. Er erklärt weiter jede Schutzmaßnahme der Beamten gegenüber gefangenen Politikern für gerechtfertigt, weil, wie er meint, die Polizisten jeden Augenblick einen Angriff von diesen Gefangenen zu erwarten haben. Demnach scheint Franz Krüger auch mit seinem Parteigenossen Severing nicht einverstanden zu sein, der, wie berichtet wurde, sofort nach der Tötung Solts den Gebrauch der Schusswaffe im Polizeipräsidium verboten hat.

Wenn die von Krüger vertretene Auffassung Regel für das Verhalten der Polizei werden würde, so würde das die endgültige Umwandlung dieser Sicherheitsbehörden zu einem Heer der öffentlichen Unsicherheit werden. Krügers Auffassung bedeutet die Aufhebung der Verpflichtung des Polizeibeamten, für die Sicherheit des ihm anvertrauten Gefangenen zu sorgen. Krüger macht den Polizeibeamten, der lediglich die Pflicht hat, einen aus irgendwelchen Gründen Verdächtigen in Gewahrsam zu halten, zum Richter über diesen Verdächtigen und gibt ihm die Möglichkeit, ein Urteil über den Gefangenen, den er nur dem ordentlichen Richter spruch zuführen soll, zu fällen, und zwar selbst das Todesurteil.

Krüger schreibt alles das, um für die Achtung vor den Polizeibeamten und für ihr Ansehen einzutreten. Wir finden dagegen, daß eine solche Verdrehung der Pflichten und Aufgaben des Polizeibeamten in ihr Gegenteil, die Moral der Polizei auf ein ungewöhnlich niedriges Maß herabdrücken und dem Ansehen der Beamtenschaft den schwersten Schaden zufügen müßte. Es läge darum im Interesse der Polizeibeamten, wenn sie sich selbst gegen solche falschen Auslegungen ihrer Pflichten wenden würden.

### Ruhe in Mitteldeutschland

Die Reichsstelle des Oberpräsidiums Magdeburg teilt mit, daß im Regierungsbezirk Magdeburg, ebenso in Halle alles ruhig ist. In Wittenberg wurde der Streik abgebrochen. In Liebenwerda alles ruhig. Hier hat eine Radfahrernotruille den Hauptstreikführer verhaftet. Die Belegschaft des Eisenwerkes Pauschhammer ist in den Streik getreten, der aber mit den Unruhen nichts zu tun hat; es handelt sich um eine Lohnbewegung. Im Anhalt sind andauernd Streifen lauff.

Die von kommunistischer Seite verbreitete Nachricht, wonach im Leunawerk, in dem noch viele hundert von Gefangenen seien, Epidemien ausgebrochen und Standgerichte eingesetzt seien, welche Todesurteile fällen und vollstrecken, entbehrt jeder Grundlage. Eine dort eingesetzte Kommission, bestehend aus den Reichstagsabgeordneten Krüger-Magdeburg, Bauer-Merseburg, Major Mendel und Oberarzt Dr. Raquel, haben ihr Gutachten dahin abgegeben, daß keinerlei Epidemien im Lager vorhanden sind und keine Standgerichte bestehen bzw. Todesurteile gesprochen werden.

Oberpräsident Hering hat eine Bekannmachung erlassen, in der für die Erfüllung der verschiedenen Dynamit-Attentate Belohnungen von 1000 bis 20 000 Mark ausgesetzt werden.

### Der Noskegeist

H. v. Gerlach schreibt zutreffend in der „Welt am Montag“: „Schlimmer noch fast als der Fall Solts ist die von Herrn Ebert verkündete Einsetzung von Ausnahmegerichten gegen die kommunistischen Puschisten. Gerade Strafe wirkt reinigend. Urteilen von Ausnahmegerichten steht man immer kritisch gegenüber. Kein Ausnahmegericht gegen die Rapp-Verführer, jetzt aber ein Ausnahmegericht gegen die Kommunisten, das erscheint allen Arbeitern ohne Unterschied der Parteizugehörigkeit als ein Wesen mit verschiedenem Wesen. Jede Gewalttat erheischt Sühne. Unerträglich aber ist es, wenn

die Rechtsrebellien frohlos bleiben, die Rapprebellien sofort vor Ausschussgerichten zu schwersten Strafen verurteilt werden. Wer nicht schon mit der Unterdrückung von Aufständen zufrieden ist, wer den höheren Gesichtspunkt der Vermeidung einer zu Aufständen geeigneten Stimmung verfolgt, der wird aufs Ernsteste vor den Ausnahmegerichten warnen. Hier war die Regierung wieder einmal vom bösen Noskegeist beraten. Aber ein verständiger Mensch versteht sich nicht auf einen Fehler, den er einmal begangen hat. Noch ist es Zeit!“

Diese Mahnung richtet sich vor allem an die Rechtssozialisten, die, wie die Haltung des „Vorwärts“ erkennen läßt, keine grundsätzlichen Einwendungen gegen die Ausnahmegerichte erheben.

### Der Ludendorff des Leunawerks

In den neuesten Kämpfen in Mitteldeutschland spielte neben anderen auch ein Kommunist, namens Kempin, eine Rolle. Kempin gehört der KPD an und war nach Abhebung des aus Mitteldeutschen der KPD bestehenden Betriebsrat der „Leuna-Werke“ der hauptsächlichste Führer der Aufstandsbewegung geworden. Trotz der heißen Kampzeit hat Kempin Gelassenheit gefunden, einem Vertreter des New-Yorker Boulevardblattes „Herald“ ein „Interview“ zu gewähren. Das Blatt berichtet darüber:

„Die hervorragendste Persönlichkeit der revolutionären Bewegung ist Kempin, ein junger Mann von 25 Jahren, der die Diktatur über die Leuna-Werke an sich gerissen hat. Seine Erklärungen entbehren nicht eines gewissen Interesses.“

„Die deutschen Kapitalisten haben uns nicht weniger wie die englischen und amerikanischen zur Verweisung getrieben. Die Aktion ist unsere letzte Zuflucht. Hinter uns stehen 6000 gutbewaffnete Männer.“

Wenn wir unterliegen, werden wir dem Proletariat ein ehrenvolles Beispiel gegeben haben. Wir werden der Welt beweisen, daß wir die Werke nicht befehden, um sie zu sabotieren, sondern um sie gewissenhaft zu leiten. Unordnung wird unter uns kein Raum gegeben.“

Herr Kempin macht den Eindruck eines intelligenten und ernstlichen Mannes. Seine Ideen sind aber konfus. Die Schwierigkeiten, die mit der Leitung eines Sowjet von 20 000 Menschen verbunden sind, haben ihn etwas durcheinandergebracht. Als Sekundanten hat er einen geschwägigen Schullehrer, dessen Gehirn mit kommunistischen Altschnee vollgepfropft ist.

Herr Kempin ist ein früherer Leunawerker. Er zeigte dem Journalisten zwei Tausend seiner Genossen, die eben eine Feldübungsübung hatten. Er studiert die Landkarten von Sachsen, und hofft bestimmt, die Fehler zu vermeiden, welche das Rapp-Unternehmen zum Scheitern gebracht haben. Man nennt ihn den „Ludendorff des Leunawerks“ und Kempin läßt sich bei dieser Bezeichnung gelächeln.

Den Vergleich mit Ludendorff hält Kempin offenbar auch in anderer Hinsicht aus, denn er hat beim Anrücken der Sipo als einer der ersten die Flucht ergriffen. Wie jetzt mitgeteilt wird, ist Kempin, der in Wirklichkeit Helmann heißt, zusammen mit einem anderen Puschistenführer, Brenzlöw, Donnerstag morgen auf dem Hauptbahnhof in Leipzig verhaftet worden. Beide stammen aus Berlin.

### Auf der Mauer

Dem bayerischen Landtag hat die bayerische Regierung folgenden Vorschlag unterbreitet:

Die deutsche Regierung soll von der bayerischen Regierung dringend ersucht werden, im Hinblick auf die blutigen Ereignisse in Mitteldeutschland und die dadurch geschaffene drohende Lage, bei der Entente unverzüglich Schritte zu unternehmen, um die Entwaffnungstruppe bezüglich der Selbstschutzorganisationen bis auf weiteres außer Kraft zu setzen, zum mindesten die Termine für die Entwaffnung entsprechend hinauszuschieben.

Die Entwaffnung der französischen Provinz. Aus dem in den französischen Zeitungen vorliegenden Ergebnis der Volkszählung geht hervor, daß einzelne Städte wie Lyon, Dijon und Nizza während des Krieges infolge des Zuzuges von außen zugenommen haben, daß aber die Bevölkerung in der Provinz ziemlich stark zurückgegangen ist, und zwar im allgemeinen um 10 Prozent.

### Karl Ernst Osthaus

Von Adolf Behne

Mit Karl Ernst Osthaus starb — knapp 47 Jahre alt — ein Mensch, wie sie in diesem deutschen Obrigkeitsstaat so furchtbar selten sind, ein Mann voller Initiative. Ein bedeutendes erechtes Vermögen gab ihm die Möglichkeit, auch große und lähne Pläne auszuführen. Mit seinen Mitteln schuf er eines der wertvollsten deutschen Museen — das Holzwang-Museum in seiner Vaterstadt Hagen i. W. Was für Gedanken ihn leiteten, spricht er in seinem Buche über den belgischen Architekten Henry van de Velde aus (Holzwang Verlag, Hagen, 1921), den in Deutschland zuerst vor große Aufgaben gestellt zu haben, eines der Verdienste von Osthaus ist. Osthaus spricht von der Zeit seiner Jugend: „In allen Ländern wucherte der Schand auf den Klüften des Liberalismus. Das Unternehmertum hatte die Kunst aus der Architektur und aus dem Gewerbe verdrängt. Scheinwesen und Raffheit vernichteten die Kultur der Völker. Wo konnte sich dieser Abstieg hülsenloser offenbaren als in den Städten, die der modernen Industrie ausschließlich ihr Dasein verdanken? Hier trotzte die Gewinnlust jeder Hemmung. Tradition war nicht vorhanden. Alles Tun, dessen Nutzen nicht berechenbar war, wurde als Narrenheit verspottet. Dieser Gefühlsentzug sprach das Aussehen der Städte. Schmutzstarrende Arbeiterkasernen standen Kaskadentwischen gegenüber, deren anspruchsvoller und doch billiger Prunk einen Unterschied der Bildung nicht erkennen ließ. Jedem, der in der Entwicklung der Menschheit einen Aufstieg zu höheren Lebensformen erblicken möchte, mußte dieser Zustand hoffnungslos erscheinen. Es war des Verfassers Jugendideal, in solcher Umgebung aufzuwachsen. Ihre Zustände hatten ihn mit Grauen und Bitterkeit erfüllt. Sein Wunsch war, den abwärts rollenden Rädern irgendwie in die Speichen zu fallen, und er suchte an Universitäten und auf Reisen in die Länder alter Kultur zur Klarheit über die Mittel und Wege zu gelangen. Es drängte sich ihm auf, daß eine Wandlung nur durch eine von Grund aus veränderte Erziehung der Menschheit erreicht werden könne, daß man zu einer Genese nur kam, wenn alle schaffenden Kräfte auf die Schönheit eingestellt waren.“

Die erste Tat war also das Museum. Er sammelte — vor 20 Jahren! — für dieses Museum, das keinem anderen Antriebe sein Dasein verdankt, als dem leidenschaftlichen Kulturwillen eines in seinem Stande allgemein verachteten und beseitigten Privatmannes, Werke von Hobler, van Gogh, Cézanne, Matisse, Gauguin und führte die Sammlung mit Holbe, Koloschka, Franz Marc, Kollits, bis in die unmittelbare Gegenwart.

Im Jahre 1906 stellte er dann von de Velde vor die Aufgabe, für ihn das Haus Hofen Hof zu bauen. Nicht war es Osthaus'

eiler Wunsch, den „Wägen“ zu spielen, die Künste seinem Reichtum dienen zu lassen; ihn leitete nur der Wunsch, eine Höchstleistung hinzustellen, die als Vorbild wirken und alle mitreißen sollte. Und dieses herrliche Haus ist wirklich darnach geschaffen, uns zu beglücken und höhere Lebensformen zu wecken. Dieses Haus ist nicht reich und äppig, sondern ein Kunstwerk. Nicht den gegebenen großen Mitteln verdankt es seine tiefe Wirkung, sondern der Energie und Lauterkeit eines künstlerischen Willens, dem es gelingt, auch die reichsten Mittel und Materialien zu entmaterialisieren. Solche Leistung als Luxus abzutun, ist unsinnig. Innerhalb der künstlerischen Leistung ist Ebenholz oder Silber nicht kostbarer als Birke oder Messing. Die Arbeit ist „Luxus“, in der es „Materialisierung“ gibt. So wie Osthaus sein Tun aufnahm, durfte er mit vollem Rechte sagen: „Luxus richtig erfasst, bedeutet die höchste Forderung an alle.“ Osthaus war auf sein Lob stolzer, als auf das Wort des alten Renoir, der von diesem Hause von de Velde, in dem er zu Gast war, sagte: „Das ist wahrhaftig gebaut.“

Die Pläne von Osthaus gingen weiter. Er wollte eine Musee-Planung an der Donnerthals bei Hagen schaffen. Durch die Tat wollte er zeigen, welchen „Wert“ unsere Baupolizei hat, indem er der amtlichen, bürokratischen und der gewissenlosen Spekulanten-Städtebauerei das künstlerische Beispiel entgegensetzte. 1906 entstanden zunächst sechs Häuser, für die er den holländischen Architekten Lauererik und von deutschen Architekten Peter Behrens heranzog. Weiterhin zog er den holländischen Glasmaler Thorm-Becker nach Hagen. Bei allen staatlichen und städtischen Bauten (Bahnhof, Theater) machte er seinen Einfluß geltend. Vieles Gute verdankt die Stadt seiner nur selten gern empfangenen Anregung.

Ein vom Heften Pflichtgefühl gegenüber der Allgemeinheit erfüllter Mensch war Osthaus. Er war kein egoistischer Mensch; auch sein wundervolles Museum war ihm nur ein Mittel zum Zweck. Mit dem Bau der Gartenvorstadt Donnerthals ging er weit über das Museums-Aesthetische hinaus — und daß er es mit Bewußtsein tat, beweisen seine Ausführungen im „Jahrbuch 1912 des Deutschen Werkbundes“, zu dessen Gründen er gehörte, ohne deshalb mit seiner späteren Entwicklung zufrieden zu sein. Er sagt da: „Daß in der modernen Bewegung zum Stil die Architektur dem Kunstgewerbe, der Städte- und Gartenbau der Architektur folgen mußten, hat seine innere Notwendigkeit. Es ist der Rücklauf der Bewegung zum Museum. Wie damals Kunst vernichtet wurde, indem man Werke der Malerei und Bildnerlei aus ihrem Zusammenhang riß, um sie isoliert aufzustellen, so handelt es sich jetzt darum, Kunst zu schaffen, indem man Zusammenhänge und Beziehungen herstellt. Der Vorgang gewinnt einen neuen Wert durch seine Beziehung zur Tapete, der Garten durch seine Beziehung zum Haus, das Haus durch sein Verhältnis zur Straße und zur Stadt.“

Die Weiterführung dieses Werkes ist unbedingte Notwendigkeit. Unter keinen Umständen dürfen Museum und Haus der Spekulation überantwortet werden. Was das Werk dieses Mannes den Künstlern, namentlich in Rheinland-Westfalen, bedeutet — und was den Bürgern, sagt in wenigen Worten der Brief eines Freundes aus Hagen: „Wir müßten Halbmaß schlagen in Hagen. — Täten sie es nur!“

### Wecht sie nicht auf

„Was sagten Sie dem Manne eben?“  
„Ich sagte ihm, er soll sich beeilen.“  
„Was berechtigt Sie, ihm das zu sagen?“  
„Ich bezahle ihn, damit er sich beeilt.“  
„Wieviel zahlen Sie ihm?“  
„Zwei Dollar täglich.“  
„Woher nehmen Sie das Geld, um ihn zu bezahlen?“  
„Ich verkaufe Ziegelsteine.“  
„Wer macht die Ziegelsteine?“  
„Er.“  
„Wieviel Ziegelsteine macht er?“  
„Vierundzwanzig Mann machen täglich 24 000 Steine.“  
„Also, anstatt daß Sie ihn bezahlen, zahlt er Ihnen täglich fünf Dollar, damit Sie umherstehen und ihm sagen, daß er sich beeilen soll.“  
„Schon recht, aber ich besitze die Maschinen.“  
„Wie haben Sie die Maschinen erlangt?“  
„Ich verkaufte Ziegel und kaufte sie.“  
„Wer macht die Ziegel?“  
Schweigen Sie! Sie werden die idriichten Gesellen auf, und dann werden sie die Ziegel für sich selber machen wollen.“  
(Nach der „Action“, aus einer englischen Zeitung.)

Die Bergpredigt wieder erlaubt. Aus New York wird der „Frankfurter Zeitung“ geschrieben: Wie jetzt bekannt geworden ist, beanstandete die Regierung während des Krieges die Vertretung der Bergpredigt. Die Gesellschaft zur Abschaffung der Ringe“ hatte die betreffenden Stellen der Bibel ohne Kommentar auf ein Flugblatt gedruckt und schickte sie an, sie zur Verteilung zu bringen. Der Sekretär der Gesellschaft, Wilbur J. Thomas, wurde daraufhin vom Justizamt benachrichtigt, daß er wegen Verletzung des Spionagegesetzes unter Anklage gestellt würde, falls er sein Vorhaben nicht aufgab. Das erwähnte Gesetz, das übrigens erst kürzlich widerrufen wurde, hatte nämlich einen Sammelparagraphen, wonach eine Person, die außer den namentlich angeführten Delikten irrendetwas tue, was die Ausrückung der Reichswirtschaftlichen Einheiten behindern könne, solle mit Zuchthaus bis zu 10 Jahren bestraft werden. Dieser Paragraph hat zu den tollsten Urteilen Anlaß gegeben. Allerdings wurden die meisten Verurteilten bald nach dem Kriege freige-



# Der unsinnige Mieterstreik

Von „Mieterzentrale und Streikleitung“ unterzeichnete Plakate fordern, besonders in den Arbeiterdörfern, zum Mieterstreik auf. Wir haben neulich bereits in Uebereinstimmung mit dem Gau Berlin des Mieterverbandes unsere ablehnende Stellung zu diesem planlosen und unorganisierten Vorhaben dargelegt. Jetzt sendet uns ein Arbeiter aus Reinickendorf eine Zuschrift, die sich ebenfalls scharf gegen den Streik wendet und der wir uns durchaus anschließen. In dieser Zuschrift heißt es:

Als Mitglied des Mietervereins Reinickendorf fühle ich mich verpflichtet, da ich auch zu denjenigen gehöre, die sich ganz entschieden gegen den Mieterstreik gewandt haben, meinen Standpunkt vor den gesamten Mietern zu vertreten.

Der Mieterstreik soll bekanntlich die Annahme des Regierungsentwurfs über die Mietssteuer, die zur Verringerung der Wohnungsnot dienen soll, durch den Reichstag verhindern. Aber nicht nur das, er soll zugleich auch die Entleerung des Grund und Bodens, Beschlagnahme der großen Wohnungen und andere Forderungen, die wohl von allen sozialistischen Parteien, auf dem Gebiete der Wohnungsfrage in ihrem Programm gefordert werden, zur Annahme durch den Reichstag bringen.

Die Forderungen, die als Ersatz für die vorgeschlagene Mietssteuer erhoben werden, sind Forderungen aller sozialistischen Parteien und da stellt nun ein Teil der Mieter die Frage, wie kann ein Anhänger einer sozialistischen Partei, speziell der Unabhängigen, sich gegen den Mieterstreik wenden? Der Referent in einer Versammlung in Reinickendorf folgerichtig deshalb, daß die Parteien, die Parlamentarier, niemals den Mietern in ihrem Kampf die nötige Unterstützung zuteil werden lassen, weil der Parteihader die Parteien vor jeder tatkräftigen Aktion hindert. Und erst wenn alle „Bongen“ davongejagt werden, werde eine einheitliche Aktion durch die sozialistische Partei möglich. Die Gegner des Mieterstreiks sind aber nicht, wie es die Anhänger der D. A. P. D. hinstellen wollen, unbedingte Anhänger der Reichsmieterssteuer oder Gegner der ausgefallenen Forderungen. Unsere Gegnerschaft liegt vielmehr darin, daß wir einen Mieterstreik als verfehlt betrachten, weil er niemals von Erfolg sein kann, wenn er nur in einigen Vororten oder Bezirken Berlins zur Durchführung kommt, und auch hier nur eine Teilaktion von Mietern werden kann und wird. Vor allem aber auch aus folgendem Grunde: Ohne Unterstützung großer politischer Parteien und anderer wirtschaftlichen Organisationen kann eine solche Bewegung keinen Erfolg haben.

Wer als gewerkschaftlich organisierter Arbeiter wirtschaftliche Streiks mitgeführt hat, weiß, daß zu ihrem Gelingen nicht nur der feste Wille aller Mitglieder der wirtschaftlichen Organisation vorhanden sein muß, sondern auch, daß die Leiter einer jeden Bewegung unterliegen müssen, über welche Nachmittel verfügt der Unternehmer, vertritt der Kampf auch einen Erfolg? Kann auch auf die unorganisierte Masse gerechnet werden? Welche Mittel stehen zur Verfügung, sie dafür zu gewinnen, eventuell zu zwingen?

Wir wissen auch fernerhin, wirtschaftliche Kämpfe können nur geführt werden, wenn eine gewisse gewerkschaftliche Disziplin und die Solidarität unter den Kämpfenden vorhanden ist. Fernerhin — und das ist ausschlaggebend — versprechen beim Vorliegen die Voraussetzungen dieser gewerkschaftlichen Bewegungen vor allem Erfolg, weil hier alle Beteiligten einer Klasse, einer sozialen Schicht innerhalb der Gesellschaft vereint sind. Sind sie doch alle Ausgebeutete, Unterdrückte, Nichtbesitzende. Daher eben das Solidaritätsgefühl, und wehe dem, wer zum Streikbrecher wird. Er verfehlt gegen die heiligsten ethischen Güter des Proletariats und verfällt der Verachtung seiner Klassen-genossen.

All diese angeführten Gründe sind eben Vorbereitungen zur Führung und zum Gelingen wirtschaftlicher Kämpfe. Sind nun auch alle diese Vorbereitungen beim Mieterstreik vorhanden?

Wie kann hier überhaupt gewerkschaftliche Disziplin, Solidarität, Klassenbewußtsein vorhanden sein? Wer sind denn die, die diesen Kampf führen? Kann hier Zusammengedrängtheitsgefühl vorhanden sein? Hier und dort neben Arbeitern, Angestellten und Beamten auch Geschäftsleute, Disobedienzschüler, Kuponabschneider, ja sogar Hausbesitzer oder Grundstückspekulanten beisammen. Besitzlose und Besitzende gehören zu dem wirtschaftlichen Bund, der den Ruf erschallen läßt: „Ueberführung des Grund und Bodens in gesellschaftliches Eigentum“. Expropriation

gelassen. Das Flugblatt ist jetzt erschienen und trägt den Aufdruck: „Jetzt darf man die Bergpredigt wieder verbreiten“.

Eine vorgeschichtliche Mumie im Kopenhagener Museum. Die Archäologen des Kopenhagener Nationalmuseums haben jetzt den mumifizierten Frauenkörper genauer untersucht, der vor kurzem in Jütland gefunden wurde und aus der Steinzeit stammt, also mindestens 8000 Jahre alt ist. Die Mumie befindet sich in einem hohlen schwarzen Eichenstamm, der als Sarg dient. Die Frau scheint eine Persönlichkeit von Rang gewesen zu sein. Vom Körper ist nicht mehr viel erhalten, nur noch der Schädel, mit dichten dunkelbraunen Haaren bedeckt, einige Rippen und Teile von Knochen. Besser erhalten ist ihre Tracht und Ausstattung. Sie war mit einer kurzen Jacke mit Ärmeln und einem Unterrock bekleidet. Um die Taille hatte sie zwei Gürtel, die mit einer großen Schnalle geschmückt waren; sie trug zwei Armbänder, ein Knieband und ein rundes. Alle Schmuckstücke sind aus Bronze. In der Nähe des Kopfes lag ein Röllchen, das einige Schmucksteine enthielt; zu den Füßen befand sich ein ähnliches Röllchen und ein Stück Tuch, das von verbrannten Knochen gewickelt war. Auch ein Kamm wurde gefunden. Im Haar war ein Ohring aus Bronze. Die Zusammensetzung und Bestand der Tuchstücke wird mikroskopisch und chemisch untersucht werden. Der ganze Körper war in eine Kuhhaut gehüllt.

## Tages-Notizen

Die Arbeiter-Rauch-Vereinigung, Petersburger Str. 20, 1. Tr., ist nunmehr eröffnet. In mehr als 300 Bildnissen zeigen Arbeiter alle Berufe des Reichs, Lehrlinge, Handwerker, Arbeiter usw. Mit Ausnahme des Reichs-Ratlers, Wilhelm, Schilling, Berlin, sind alle Arbeiter aus allen Teilen des Reichs in der Vereinigung vertreten. Die Ausstellung ist modernste von 1-7½ Uhr, Sonntags von 10-7½ Uhr geöffnet. Eintritt frei.

Walter von Holt hat eine alte alte Million Mark bei der Deutschen Reichsbank a. H. in dem letzten Vierteljahr seines Wirkens durch die Reichsbank erhalten. Er hat die Arbeit der Reichsbank ausgebaut, die Reichsbank hat die Reichsbank ausgebaut, die Reichsbank hat die Reichsbank ausgebaut.

Die Reichsbank hat am 1. April dieses Jahres ab 12 Uhr von 3 bis 5 Uhr geöffnet. Das Geld ist in allen Teilen des Reichs zu haben. Die Reichsbank hat am 1. April dieses Jahres ab 12 Uhr von 3 bis 5 Uhr geöffnet. Das Geld ist in allen Teilen des Reichs zu haben.

Domit ist eine die unheimliche Kalkulationen gegen den Willen der Reichsbank. Die Reichsbank hat am 1. April dieses Jahres ab 12 Uhr von 3 bis 5 Uhr geöffnet. Das Geld ist in allen Teilen des Reichs zu haben.

der Expropriation. Wie stellt man fest, wer Streikbrecher ist? Welche eventuellen Druckmittel stehen zur Verfügung? Und doch wird mit Recht behauptet, hier entspinnt sich ein politischer Kampf.

Wie denkt nun der Mieter politisch? Die Wahl am 20. Februar zeigte es uns, weit mehr als die Hälfte wählte bürgerlich. Also für Beibehaltung des Privateigentums, auch an Grund und Boden. Unter diesem Gesichtspunkt komme ich zu dem Schluß, daß dieser Streik niemals von Erfolg sein kann. Und eine Niederlage kann die junge Mieterorganisation nicht vertragen. Wer zu dieser Erkenntnis gelangt ist, dessen Pflicht erheißt es, zu sagen was ist, im Interesse der ganzen Mieterbewegung, im Interesse der gesamten Mieterorganisation.

## Völlige Hilflosigkeit

Dieselbe Regierung, die vor wenigen Tagen beschlossen hatte, die Zwangsbewirtschaftung des Papiers ausrechtzuhalten, hat am 1. April beschlossen, sie aufzuheben. Sie begründet diese schnelle Regierungsänderung mit dem Protest des Vereins der Zeitungsverleger und gelobt, durch äußerste Förderung der Produktion und straffe Handhabung der Ausfuhrkontrolle von Zeitungsdrukpapier für die Sicherstellung des Inlandsbedarfs der deutschen Zeitungsdruckindustrie zu sorgen.

In dieser Erklärung der Regierung offenbart sich ihre völlige Hilflosigkeit gegenüber einem ganz dringenden Problem. Es handelt sich nicht um die Förderung der Erzeugung von Papier. Sie ist infolge des gestiegenen Bedarfs völlig ausreichend. Es handelt sich auch nicht um die Abwehr der Verhinderung der Ausfuhr, denn die bisherigen Erfahrungen haben gezeigt, daß auch die am wenigsten geriffenen Schieber die Regierungsorgane an Intelligenz weit übertreffen und ihre Absicht durchkreuzen.

Es handelt sich vielmehr um die Sicherstellung des Bedarfs der Presse an Druckpapier zu erträglichen Preisen. Wir lehnen den Weg der Verbilligung des Druckpapiers durch Reichszuschüsse entschieden ab. Das ist nicht ein Geschenk an die Leser, sondern an die Verleger, die die Zeitungsherstellung genau so unter kapitalistischen Gesichtspunkten betrachten, wie die Erzeugung jeder anderen Ware. Wir fordern energische Maßnahmen, die die Papierherstellung an sich verbilligen. Das kann geschehen durch die Ausschaltung der riesigen Gewinne der Papierindustrie durch die Sozialisierung dieses Wirtschaftszweiges.

Aber davon wollen bekanntlich die Zeitungsverleger ebenso wenig etwas wissen, wie die Regierung und die Papierindustriellen, denn sie alle lassen sich nur von ihrem kapitalistischen Profitstreben leiten.

## Die Verfolgungen der Sozialisten in Sowjetrußland

Die auswärtige Delegation der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands hat folgende Berichte über die neue Welle des bolschewistischen Terrors in Rußland erhalten:

Noch am 20. Februar hat die Moskauer Volkzeit einige Verhaftungen unter den Mitgliedern der sozialdemokratischen Organisation der Jugendlichen unternommen. Am 25. Februar wurde eine Parteiversammlung, die im Lokal auf der Maslennikaja-Straße stattfand, von den Agenten der Volkzeit umzingelt und alle Teilnehmer, etwa 160 Männer und Frauen, verhaftet. Von diesen Personen wurden 50 in den nächsten Tagen freigelassen, alle anderen im Butyrki-Gefängnis interniert. Unter den letzteren befinden sich die Mitglieder des Zentralkomitees der Partei Th. Tschernomir, A. Plestow, A. Kulowlew, S. Nikolajewski und S. Tschow, ferner die Mitglieder des Zentralkomitees des sozialdemokratischen jüdischen Bundes Sweitsch und Atonsohn, die Führer der Buchrunder Demjakin und Tschitow, die Offiziere der Roten Armee Dubois, Roschlowsky, Stollow und Schwarz, der Schriftsteller G. Sinitow u. a. Bei dem Mitglied des Zentralkomitees der Partei, Genossen A. Jermansky, unternahm die Volkzeit eine Hausdurchsuchung.

In derselben Zeit wurden in Petersburg verhaftet: das Mitglied des Zentralkomitees Th. Dan, der bekannte Geschichtswissenschaftler Genosse Roschlow, das Mitglied des Petersburger Sowjets Kamienstky und einige andere Genossen. Massenverhaftungen von Sozialdemokraten fanden auch in Samara, Brjansk, Odessa und Witebsk statt.

In der Sitzung des Moskauer Sowjets verlas Genosse Jugow im Namen der sozialdemokratischen Fraktion einen Protest gegen die Willkürmaßnahmen der Moskauer politischen Polizei. In der spontanen, aus der Hungersnot entstandenen Streikbewegung des Moskauer Proletariats habe die sozialdemokratische Partei keinen Anteil genommen. Lenin antwortete darauf, indem er die Sozialdemokraten als die „geistigen Urheber“ der Bewegung in Petersburg und Moskau bezeichnete, da sie durch ihre Kritik der Politik der bolschewistischen Partei die Unzufriedenheit der Massen mit ihrer Lage geweigert hätten und deshalb für die letzten Ereignisse verantwortlich seien. Er schloß mit der Androhung weiterer Repressalien.

Stetschik hatte Liond George auch diese Rede Lenins im Auge, als er im britischen Parlament behauptete, daß manche Reden Lenins von einem Winston Churchill gehalten werden könnten?

Die Finanzlage des Reichs. Am Dienstag soll über die durch die Einkommensteuernnovelle geschaffene Finanzlage unter dem Vorsitz des Reichsfinanzministers eine gemeinsame Besprechung mit den Finanzministern der Länder abgehalten werden.

Eröffnung des nieder- und ober-schlesischen Provinziallandtags. Am Sonntag eröffnete in Breslau Oberpräsident Zimmer für Niederschlesien, Oberpräsident Bitta für Oberschlesien, dann der erstere für die gesamte Provinz Schlesien den gemeinsamen Provinziallandtag. Beide Redner wiesen auf das Gedeih hin, das Ober- und Niederschlesien einen eigenen Provinziallandtag gewährt.

Deutsche Auswanderer für Brasilien. In Rio de Janeiro sind über 1000 deutsche Auswanderer angekommen, um in die verschiedenen landwirtschaftlichen Gebiete Brasiliens zu gehen.

Die Korbilleren überflogen. Die französische Fliegerin Andrienne Belland hat die Korbilleren überflogen. Sie ist in Santiago (Chile) im Militär-Flughause eingetroffen, wo sie mit großer Begeisterung empfangen wurde.

Gegen den neuen Bischof von Irland. Nach einer Reuter-Meldung greift „Freeman Journal“, das Organ der Einflußreichsten, in bestiger Weise die Ernennung Lord Talbots zum Bischof von Irland an. Dieser sei fünfzehn Jahre lang der hauptsächlichste Organisator der anti-irischen Mächte in Irland, gewesen, und es sei eine Beleidigung für die Iren, zu meinen, daß die Ernennung dem irischen Volke willkommen sei.

Zwei Universitäten für Gent. Die durch die Frage der Errichtung einer jamaikanischen Universität in Gent geschaffene Krise in der belgischen Regierung ist beseitigt. Die Regierung hat beschlossen, den Entwurf des Gesetzes fallen zu lassen und einen anderen Entwurf zu genehmigen, wonach zwei völlig selbständige Universitäten, eine flamische und eine französisch-belgische, nebeneinander in Gent bestehen.

# Ein krankes Volk

Von Dr. R. Kuczynski

Direktor des Staatlichen Amtes Berlin-Schöneberg

Das Geschäft blüht; aber die deutsche Volkswirtschaft führt ein Scheitern. Und das deutsche Volk ist krank. Bezeichnend hierfür ist die Entwicklung der Geburten. In den beiden letzten Kriegsjahren war die Geburtenzahl nur noch halb so groß wie in den beiden letzten Friedensjahren. Im Laufe des Jahres 1919 stieg aber die Geburtenzahl wieder, bis sie im Winter 1919/20 den Vorkriegsstand etwas überschritt. Im 1. Vierteljahr 1920 trafen auf je 1000 Einwohner 20,5 Geburten gegenüber 28,8 im 1. Vierteljahr 1913. Über dieses Steigen der Geburtenziffer, die so manchem Laien im Inland und Ausland ein Wiederaufleben der deutschen Volkskraft vorgetäuscht hat, war kein Beweis für ein Steigen der Geburtenhäufigkeit. Es war vielmehr, wie Rahts in „Wirtschaft und Statistik“, Jahrgang 1, Nr. 1, gezeigt hat, lediglich die Folge einer Veränderung in der Geschlechts- und Altersgliederung der deutschen Bevölkerung. Während vor dem Kriege auf je 1000 der gesamten Bevölkerung 233 Frauen im Alter von 15 bis 50 Jahren kamen, kamen wegen des Ausfalls der Geburten und wegen der durch den Krieg geschaffenen Lücke in der Reihe der Männer auf je 1000 der jetzigen Bevölkerung etwa 237 Frauen im Alter von 15 bis 50 Jahren. Bei gleichbleibender Fruchtbarkeit hätte die Geburtenziffer vom 1. Vierteljahr 1913 bis zum 1. Vierteljahr 1920 von 28,8 auf etwa 32,7 pro Tausend und nicht nur auf 20,5 steigen müssen. Nun ist überdies die Geburtenziffer seit dem Winter 1919/20 unauffällig gesunken. Nach den Ermittlungen des Reichsgesundheitsamts wurden in den deutschen Orten über 15 000 Einwohner, die zwei Fünftel der Bevölkerung des Deutschen Reichs umfassen, lebend geboren:

|                     |         |
|---------------------|---------|
| 1. Vierteljahr 1919 | 84 546  |
| 2. „ 1919           | 84 431  |
| 3. „ 1919           | 127 305 |
| 4. „ 1919           | 163 478 |
| 1. „ 1920           | 160 523 |
| 2. „ 1920           | 151 543 |
| 3. „ 1920           | 142 131 |
| 4. „ 1920           | 134 612 |

Dieser Rückgang der Geburten im Laufe von 1920 ist um so erschreckender, als die Zahl der Eheschließungen außerordentlich hoch war. Wurden doch im Deutschen Reich im 1. Vierteljahr 1920 doppelt so viele Ehen geschlossen wie im 1. Vierteljahr 1913. Demgegenüber will es wenig besagen, daß die Sterbeziffer jetzt nur etwa ebenso hoch ist wie vor dem Kriege, und daß wir infolgedessen zurzeit noch einen Geburtenüberschuss von vielleicht 40 000 Köpfen im Monat haben (gegenüber 60 000 auf dem gleichen Gebiete vor dem Kriege). Denn dieser Geburtenüberschuss beruht nur darauf, daß Hunderttausende von Eheschließungen, die infolge des Krieges aufgehoben waren, nachgeholt wurden, und daß der Anteil der Bevölkerung im lebenskräftigsten Alter besonders hoch ist. Es läßt sich unschwer voraussagen, daß der Geburtenüberschuss bald sinken und sich unfehlbar in ein Geburtendefizit verwandeln wird, wenn erst — in 12 bis 15 Jahren — die Zahl der Frauen im gebärfähigen Alter infolge allzu spärlichen Nachwuchses allmählich kleiner und kleiner wird.

## Groß-Berlin

### Deutschlands Rettung — auf den Müggelbergen!

Deutschland ist das Land der besten Verboisungen, hat einmal ein Reisender festgestellt.

Deutschland ist aber auch das Land der Bismarcktürme! Würde man einmal sämtliche Knochentürme auf den deutschen Bergen nach ihren Namen verzeichnen, man würde erstaunt sein, wie viele Bismarcktürme darunter sind.

Einer steht auf dem großen Müggelberg.

Wer am Sonntag auf seinem Spaziergange an diese „Bismarckwarte“ kam, dem bot sich ein bewegtes Bild dar: Deutsche nationale Jugend mit einem gemaltigen Hakenkreuz, Bismarckbild und vielen schwarz-weißen und schwarz-weiß-roten Fahnen veranstaltete eine Bismarckfeier. Nachdem die deutschen Heerscharen — es mochten etwa 100 sehr jugendliche „deutsche Männer und Frauen“ sein — im Wilde festgehalten worden waren und man, von dem unerklärlichen „Heil“ geschrei unterbrochen, ein Lied der Rache geschmettert hatte, nahm eine deutsche Jungfrau das Wort.

Dieses Fräulein Zander gab eine politische Wochenübersicht, über die man nur den Kopf schütteln konnte; aber sie ließ auch die Anwesenden in die Zukunft schauen: sie sprach von Deutschlands Rettung. Sie wetzte den politischen Horizont mit dem sonnigen Aprilwetter; trübe Wolken. Da meinte sie, es werde nur dann besser, wenn sich die „deutschen Männer und Frauen“ als — Wolken-schieber betätigten!

Heil!

Nun aber, lieber Leser, der du bis jetzt der Meinung warst, daß Deutschlands Räte wirtschaftlichen Ursprungs sind und mit dem „Sammelfrieden“ zusammenhängen, laß dich von Fräulein Zander eines besseren belehren.

„Deutschlands Rettung besteht darin, daß sich keine deutsche Frau mehr an einen Judenbengel wagt!“

Dies wurde von einer deutschen Jungfrau am Fuße der Bismarckwarte auf dem großen Müggelberge als Deutschlands Rettung verkündet.

Heil!

### Eine mißglückte Brücken Sprengung?

Am Mittwoch meldete der Fahrdienstleiter Reumann, daß auf der Straße Baumshuldenweg-Görlicher Bahnhof bei dem Stellwerk VTW kurz zuvor versucht worden sei, die Brücke Treptower Dammweg zu zerstören, indem man Sprengstoffe zur Explosion brachte. Die Absicht ist aber mißlungen.

Wir geben die Meldung mit allem Vorbehalt wieder, da in der letzten Zeit viel läugerhafte Sensationsmeldungen ähnlichen Inhalts verbreitet wurden.

### Handgranatengriff auf eine Grunewaldvilla

In der vergangenen Nacht gegen 12½ Uhr erfolgte in der Kolonie Grunewald an der Ecke der Erbacher und Edwener Straße auf dem Villengrundstück des Fabrikbesizers Schmidt eine heftige Explosion. Die aus dem Schlaf geschreckten Bewohner des Hauses eilten herbei und sahen, daß die Gasveranda stark beschädigt worden war. Man benachrichtigte sofort die Rathauswache der Kolonie Grunewald, die feststellte, daß zwei Handgranaten diese Zerstörung verursacht hatten. In der Nähe des Tatortes fand man grüne Zettel mit der Aufschrift: „Max Böll ist da!“ (?)

Zu dem Attentat in der Kolonie Grunewald wird noch gemeldet: Die Villa auf dem Grundstück Erbacher Straße 3 gehört dem Fabrikbesitzer Rudolf Schmidt, der die Räume im Hinterhof be-



wohnt, und das erste Stodwerk seinem Sohne, dem Chemiker Dr. Walter Schmidt, vermietet hat. Die beiden Handgranaten, die gegen 12 1/2 Uhr nachts von der Erbacher Straße aus geworfen wurden, fielen in die große Glaswand bzw. auf das Dach derselben. Der Schaden ist schon durch die zertrümmerten Glasfenster sehr erheblich. Einige Splitter der Handgranaten sind auch in das im ersten Stodwerk befindliche Schlafzimmer des Dr. Walter Schmidt hineingeflogen, haben aber zum Glück niemand verletzt. Die Reste der Handgranaten — es handelt sich um Stielhandgranaten — wurden im Garten aufgefunden.

Die Geschichte scheint einigermassen dunkel; der Max Holz ist derartig zu einem Schredgespenst geworden, daß man von allen ihm zugeschriebenen Untaten wohl nur die Hälfte glauben kann. Nicht weil man Holz etwa verteidigen möchte, im Gegenteil; aber die bürgerliche Presse weiß sich in den letzten Wochen gar nicht genug zu tun mit der Wiedergabe von Schauererzählungen, von denen sich schon verschiedene als Phantasieprodukte herausgestellt haben. Deshalb sind alle solche Meldungen nur mit der nötigen Vorsicht zu genießen!

### Arbeitsaufnahme in Lichtenberg

Die Arbeiterschaft der Lichtenberger künftigen Werke hat heute vormittag in einer Versammlung über die Fortsetzung des Streiks verhandelt. Bei der Abstimmung ergab sich nur eine geringe Minderheit für Fortsetzung des Streiks, während die große Mehrheit für den Abbruch stimmte. Die Arbeit wurde sofort wieder aufgenommen.

Bereitete Millionenübernahme bei einer Abwicklungsstelle. Zwei Hilfsarbeiter einer Abwicklungsstelle, die zum 1. April aufgelöst worden ist, hatten noch kurz vorher, um sich in den Besitz einer großen Geldsumme zu setzen, ein Schwindelmandat in die Wege geleitet, durch das sie sich über eine Million Mark in die Hände spielen wollten. Die ungetreuen Hilfsbeamten, Reimers und Günternagel mit Namen, hatten einen Kaufmann Lettau kennengelernt, den sie in ihren Plan einweihten. Sie unterrichteten diesen dahin, daß sie in der Lage wären, an frühere Lieferanten der Heeresstelle, für die sie jetzt tätig waren, größere Geldsummen zu überweisen. Lettau machte sich nun auf der Suche nach einem solchen, um das auf dessen Bankkonto überwiesene Geld für sich und seine Spielgefährten abheben zu können. Lettau fand nun auch einen Weinhändler, der früher mit der Abwicklungsstelle in Verbindung stand und teilte diesem mit, daß für ihn, Lettau, eine größere Summe Geldes von der Abwicklungsstelle auf sein Konto überwiesen werde und hat ihn zugleich, diesen Betrag für ihn abzuheben. Bald darauf wurden auch auf das Konto des Weinhändlers 330.000 M. überwiesen. Diese hob der Weinhändler auch ab und handigte sie Lettau aus. Dieser wiederum teilte das Geld mit Reimers und Günternagel und alle drei versuchten, sich durch den gleichen Trick noch eine weit höhere Summe zu verschaffen. Schon nach wenigen Tagen wurden dem Konto des Weinhändlers wieder 692.000 M. überwiesen. Jetzt aber wurde der Weinhändler stutzig, weil er sich jagte, daß das doch nicht mit rechten Dingen zugehen könne und benachrichtigte die Staatsanwaltschaft. Diese ließ feststellen, daß es sich um ein großes Betrugsmandat handelte und Lettau, sowie die Hilfsarbeiter wurden festgenommen. Die Angelegenheit wird außer dem Strafverfahren gegen die Schwindler noch ein weiteres Nachspiel haben, da der Weinhändler von der Abwicklungsstelle für den verhinderten Betrag eine entsprechende Belohnung gerichtlich einfordert.

Nächtlicher Raubüberfall. In der Nacht zum Sonntag wurde der 39 Jahre alte Klempner Gottlieb Böcke, der sich auf dem Heimwege nach seiner Wohnung befand, in der Prinzenstraße von mehreren Männern angesprochen und eingeladen, mit ihnen nach einigem Nachtlokal aufzusuchen. Böcke ging auf den Vordruck ein, und um nach dem angeblich etwas eiserner liegenden Lokal zu gelangen, benutzte man eine Droschke. Plötzlich ließen die Unbekannten den Kutscher hassen und erklärten, nun am Ziele zu sein. Als Böcke die Droschkefahrt befehlen wollte, erhielt er plötzlich einen mächtigen Faustschlag ins Gesicht, und einer der Männer der eine weiße Armbinde trug, entriß ihm seine Brieftasche mit etwa 800 Mark

Inhalt. Dann ergriffen die Diebe die Flucht. Es gelang jedoch, einen der Täter, den 37 Jahre alten Keilner Dube, festzunehmen.

Helft die öffentlichen Parkanlagen schützen! Der Betriebsrat vom Treptower Park bittet um Veröffentlichung folgender Zeilen: Durch das zeitige Frühlingserwachen ins Freie gelockt, strömen zuweilen große Menschenmassen in die Parkanlagen. Es ist ein betrübendes Zeichen, zu beobachten, wie den grünen Sträuchern und Anlagen vom Publikum mißgespielt wird. Es spielen sich öfter häßliche Ausfälle zwischen den aufstrebenden Wächtern, deren Dienst gewiß nicht leicht ist, ab. Leider kommt es auch vor, daß gegen die Wächter Stellung genommen wird, die im Allgemeininteresse handeln. Die Genossen werden gebeten, solche Ausfälle zu verhindern zu helfen, die Anlagen zu schützen und die Wächter zu unterstützen.

Berichtigung. Zu der in Nr. 147 von uns veröffentlichten Einleitung „Das Danaergeschehen“ teilen wir berichtigend mit, daß die Notiz auf Grund eines irrtümlichen Berichts aufgenommen wurde. Die Warmwasserlieferung soll nicht von 9-1, sondern von 1-9 Uhr erfolgen.

Voraussetzliches Wetter für Berlin und Umgebung am Dienstag. Etwas kühler, vielfach heiter, ziemlich stürker bewölkt, bei ziemlich frischen nordwestlichen Winden.

## Gewerkschaftliches

### Ein Buch für Betriebsräte

Rudolf Weß, Handbuch für Betriebsräte (Sammlung der Rechtsprechung und Literatur zum Betriebsrätegesetz und zu § 12 der Verordnung betreffend Arbeitsstreckung vom 12. 2. 1920, Betriebs-Bilanzgesetz und Gesetz betr. Maßnahmen gegenüber Betriebsabbrüchen und Stilllegungen). Verlagsgenossenschaft „Freiheit“ e. G. m. b. H., Berlin, Breite Straße 88. Preis durch die Organisationen bezogen 10 M.

Das Betriebsrätegesetz, das von seinen Urhebern widerwillig beschloffen wurde, hat die daran zunächst interessierten Arbeitnehmer und Arbeitgeber in keiner Weise befriedigt, insbesondere weil es als Ergebnis einer Reihe von Kompromissen meist unklar gehalten und damit sehr „auslegungsfähig“ ist. Nach dem Inkrafttreten des Gesetzes erschien sofort eine ganze Reihe von Kommentaren, die sich einander in der Auslegung wichtiger Bestimmungen des Gesetzes völlig widersprechen. Danach konnte man sich kein Bild davon machen, wie die Rechtsprechung auf Grund des Betriebsrätegesetzes ausfallen würde. Die Erfahrung im verfloffenen Jahre hat selbst die trübsten Ahnungen völlig bestätigt. In vielen Fällen ist man an das Reichsarbeitsministerium herangetreten, um von dieser Seite eine Auskunft über die Anwendbarkeit einzelner Bestimmungen einzuholen. Natürlich konnte in solchen Fällen das Reichsarbeitsministerium auch nur seine Auffassung äußern; Grundlagen für die Rechtsprechung wurden dadurch nicht geschaffen. Diese werden sich erst aus der Anwendung des Gesetzes ergeben sowie durch übereinstimmende Auslegungen verschiedener Gerichte.

Die bisherige Anwendung des Betriebsrätegesetzes hat die schlimmsten Erwartungen übertraffen. Man muß heute feststellen, daß es zum großen Teil ein Gesetz gegen die Arbeiter ist. Das ist allerdings in erster Linie daraus zurückzuführen, daß auch die Betriebsräte zum Teil ihre Aufgaben verlernen und die Organisation der Betriebsräte nur langsam in Fluß kommt. Die Erwartungen, die man nach Statistenden des Betriebsrätekongresses hegen durfte, sind leider noch nicht in Erfüllung gegangen. Die Organisation und Schulung der Betriebsräte ist meist noch mehr als dürftig. Aufgabe einer Betriebsräteorganisation hätte es sein müssen, ihre Mitglieder mit der Auslegung und der Anwendung des Betriebsrätegesetzes vertraut zu machen.

Das ist leider bisher nur in geringem Maße geschehen. Aus diesem Grunde ist das „Handbuch für Betriebsräte“ des Arbeitsekretärs Rudolf Weß besonders zu begrüßen, weil es eine Lücke ausfüllt, die von Betriebsräten und Gewerkschaftsfunktionären längst unangenehm empfunden worden ist. Das Handbuch enthält eine Sammlung der auf Grund des Betriebsrätegesetzes gefällten Entscheidungen und Schiedssprüche, sowie die Auffassungen der Kommentare zum Betriebsrätegesetz. Den Betriebsräten und Gewerkschaftsfunktionären ist das „Handbuch für Betriebsräte“ besonders auch darum zu empfehlen, weil infolge der hohen Preise für Zeitschriften und Bücher eine Anschaffung aller einschlägigen Literatur nicht möglich ist. Auch sind die Funktionäre in der Arbeiterbewegung heute meist so stark in Anspruch genommen, daß es ihnen nur in den seltensten Fällen möglich ist, sich durch eingehendes Studium aller in Frage kommenden Schriften selbst das nötige Material zu beschaffen. Zu beachten ist aber auch bei diesem Handbuch, daß es heute noch nicht alle Fragen abschließend zu beantworten vermag. Durch neue Entscheidungen und Veränderungen in der Rechtsprechung werden sich Ergänzungen notwendig machen, die bei den nächsten Auflagen zu berücksichtigen sind. Die gewünschte notwendige Vollständigkeit wird sich ergeben, wenn die Betriebsräte und Gewerkschaftsfunktionäre an dem Ausbau des Handbuchs mitarbeiten und alle wichtigen, von der bisherigen Praxis abweichenden Entscheidungen dem Verfasser mitteilen, der diese dann in der nächsten Auflage mit verarbeiten kann.

### Betriebsräte-Neuwahlen!

Wir bitten die Kolleginnen und Kollegen, uns umgehend das Ergebnis der stattgefundenen Betriebsräte-Neuwahlen mitteilen zu wollen. — In diesen Mitteilungen muß enthalten sein eine genaue Angabe des Betriebes, der Belegschaftsziffern, der Gesamtzahl der abgegebenen Stimmen, sowie eine Angabe über die Verteilung der Stimmen auf die einzelnen Listen. Diese Listen selbst sind wiederum genau zu bezeichnen, so daß erkennbar wird, wieviel Stimmen unsere Listen bzw. die Listen der uns angeschlossenen Verbände erhalten haben. Afa-Bund.

### Aus den Organisationen

Montag, 4. April

13. Verwaltungsbüro, Tempelhofer Park, heute abend 8 Uhr, Bezirksversammlung im Puppentheater, Kottbuscher Platz.  
14. Arbeiter-Verband, 11. Verwaltungsbüro, Die Bezirksversammlung tagt heute abend 8 Uhr. Die Diskussion tritt um eine halbe Stunde früher pünktlich im Festsaalzimmer 14.

Dienstag, 5. April

15. Bezirks-1. und 2. Abteilung, Gewerkschaftliche Versammlung bei Köpcke, Schreiberstr. 22. Bericht über die Bezirks-1. und 2. Abteilung. Bericht des Genossen W. K. über die Delegierten zur Bezirksversammlung. Die Frauen und die Genossen der kommunalen Kommission werden besonders aufmerksam gemacht. Keiner darf fehlen.  
16. Bezirks-1. und 2. Abteilung, Gewerkschaftliche Versammlung bei Köpcke, Schreiberstr. 22. Bericht über die Delegierten zur Bezirksversammlung. Die Frauen und die Genossen der kommunalen Kommission werden besonders aufmerksam gemacht. Keiner darf fehlen.  
17. Bezirks-1. und 2. Abteilung, Gewerkschaftliche Versammlung bei Köpcke, Schreiberstr. 22. Bericht über die Delegierten zur Bezirksversammlung. Die Frauen und die Genossen der kommunalen Kommission werden besonders aufmerksam gemacht. Keiner darf fehlen.

Mittwoch, 6. April

18. Bezirks-1. und 2. Abteilung, Gewerkschaftliche Versammlung bei Köpcke, Schreiberstr. 22. Bericht über die Delegierten zur Bezirksversammlung. Die Frauen und die Genossen der kommunalen Kommission werden besonders aufmerksam gemacht. Keiner darf fehlen.

### Bereinskalender

Dienstag, 5. April

19. Bezirks-1. und 2. Abteilung, Gewerkschaftliche Versammlung bei Köpcke, Schreiberstr. 22. Bericht über die Delegierten zur Bezirksversammlung. Die Frauen und die Genossen der kommunalen Kommission werden besonders aufmerksam gemacht. Keiner darf fehlen.  
20. Bezirks-1. und 2. Abteilung, Gewerkschaftliche Versammlung bei Köpcke, Schreiberstr. 22. Bericht über die Delegierten zur Bezirksversammlung. Die Frauen und die Genossen der kommunalen Kommission werden besonders aufmerksam gemacht. Keiner darf fehlen.

## Theater und Vergnügungen

**Volksbühne**  
Am 7. März  
7 1/2 Uhr: Die Hölle u. Hellbrunn  
**Neues Volksbühnen**  
Königsplatz 10  
7 1/2 Uhr: Jugendfreund  
**Staatstheater**  
Opernbau  
7 Uhr: Cavalleria rusticana  
8 1/2 Uhr: Die Journalisten

**Deutsches Theater**  
8 1/2 Uhr: Faust I.  
**Kammerpiele**  
8 Uhr: Er ist an allem Schuld  
Die Spieler  
Der Heiratsantrag  
**Großes Schauspielhaus**  
Karlshof  
7 1/2 Uhr: Der Kaufmann von Venedig  
(22. Abt., 4. Abend)

**Röniggraber Str.:**  
1/2 Uhr: Ugly  
Singspiel: Ugly  
Mittwoch: Salome (Orska)  
Sonntag: Ugly  
Montag: Salome  
**Komödienhaus:**  
Das weiße Lämmchen  
mit Max Pallenberg

**Berliner Theater tritt**  
Fritz Massary nur noch 6 mal in „Die spanische Nachtigall“  
abends 7.30 Uhr auf.  
Hauptdarsteller:  
Fritz Massary, Waldmann,  
Emmy Sturm, Roberts, Kiper  
**Trianon-Theater**  
Täglich 7 1/2 Uhr  
**Rosen**  
von Hermann Sudermann  
(Eine Umbau, Carlo Zeller,  
Rita Groll, Balduin,  
Gottlieb, Schrott, Remoni)  
**Komische Oper**  
Mücheln 7 1/2 Uhr:  
**Luderchen**

**7 1/2 Apollotheater 7 1/2**  
Friedrichstraße 213  
Gastspiel des Wiener  
Königlichen Theaters mit  
**Erich Kaiser - Titz**  
sowie  
8 weitere Sensationen

**Theater a. Kottb. Tor**  
Tel. Moritzplatz 1607  
Täglich 7 1/2 u. 9 Uhr, Preis  
Sonntag  
nachm. 5 Uhr:  
**Elite-Sänger**  
Hervorragendes  
April-Fest-Prod.  
Vorverk. 11-12 u. 4-6 Uhr

**Residenz-Kasino**  
Damenstraße 10  
Täglich  
**BALL**

**Briefmarken**  
kauft Großmann, Johannisstr. 4.  
Zugang o. d. Friedrichstr. (Nr. 106) Neben 106 21

**Preiswert u. gut kaufen Sie**  
**Herren- u. Damen-Stoffe**  
im **Tuchhaus M. E. Freitag**  
Berlin, Moitensmarkt 14/15. Teleph.: Zentrum 3680  
Hemden und Schläpfer, die große Mode.  
Anzug- und Kostüme von 35,- bis 200,- M.

**Farben**  
und Lacke für den Privatbedarf  
streichtüchtig, haltbar und schnell-  
trocknend. Kostlose Anleitung und  
Auskunft d. fachkundigen Personal im  
Größten Farben-Geschäft des Ostens  
**Ernst Schöbel**  
Lack- und Farben-Fabrik  
Boxhagener Str. 109  
an der Niederbarnimstraße  
Tel. Alex. 4024 Geol. net 8-6.

**Billig! Billig!**  
Häute, Mäntel,  
Stiefel, Kleider  
per Stück  
**Strehlow, Freshow Str. 21**

**Stoffe**  
für Herren-Anzüge, Mäntel,  
Paletots, Damen-Kostüme,  
Mäntel 30,-, 100,-, 150,-, 200,- Mark.  
Für langjährige Verbindungen mit altem, besten  
Fabrikanten käuflich für perennierende, gute Qualitäten.  
**Koch & Seeland** G. M.  
B. G. 1905, Gartenstr. 10-21, G. G. 1905.

Sieben erschien:  
**Band VII der Bibliothek der Kommunistischen Internationale**  
**Der erste Kongress der**  
**Kommunistischen Internationale**  
Protokoll der Verhandlungen in  
Moskau vom 2. bis zum 19. März 1919  
202 Seiten Preis 6.- M.  
Zu beziehen durch den  
Verlag Carl Hoym Nachf. Louis Cahnley, Hamburg 11

**Kleine Anzeigen**  
Das Lieferheft kostet 2.- Mk., jedes weitere Heft im Wert 1.50 Mk. netto.  
Bestellungsfrist: Lieferheftswort 1.50 Mk., jedes weitere Wort im Wert 1.- Mk.  
**Verkäufe**  
Stannereigen! Stann-  
schmelze 50,-, Raschke 75,-  
200,-, neue Schmelze,  
Kupfer, Zinn, Zink, Nickel,  
Aluminium, alles in großer  
Menge herabgesetzt, post-  
billigen Sommerpreisen! Keine  
Zahlung! Größtes!  
Merckauer Str. 7.  
**Möbel**  
Chaisonges 150,- bis  
600,-, Herboltes 200,- bis  
2000,-, neue Schmelze,  
Kupfer, Zinn, Zink, Nickel,  
Aluminium, alles in großer  
Menge herabgesetzt, post-  
billigen Sommerpreisen! Keine  
Zahlung! Größtes!  
Merckauer Str. 7.  
**Kaufgehe**  
Kohle, Gold, Silber, Kupfer,  
Zinn, Eisen, Zink, Nickel,  
Aluminium, alles in großer  
Menge herabgesetzt, post-  
billigen Sommerpreisen! Keine  
Zahlung! Größtes!  
Merckauer Str. 7.  
**Angebote**  
Selbstbau  
Vergleich - Versteil teils  
eingebaut, Herboltes, Kupfer,  
Zinn, Eisen, Zink, Nickel,  
Aluminium, alles in großer  
Menge herabgesetzt, post-  
billigen Sommerpreisen! Keine  
Zahlung! Größtes!  
Merckauer Str. 7.  
**Verstärkter**  
Vergleich - Versteil teils  
eingebaut, Herboltes, Kupfer,  
Zinn, Eisen, Zink, Nickel,  
Aluminium, alles in großer  
Menge herabgesetzt, post-  
billigen Sommerpreisen! Keine  
Zahlung! Größtes!  
Merckauer Str. 7.